

Monatlich 1,50
in Stadt, Ort-
und Nachbarort
weilich 1,70, 2.70
außerhalb 3.80
einschließlich der
Postgebühren. Die
Einzelnummer des
Blattes kostet 10 P.
Ergänzungswerte
Wöchentlich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Festtage. 2

Gegründet 1877.



Die monatliche Zeit-
ung über den Raum
20 Pfennig. Die
Reklamewerte über
den Raum 4.
Wochen, 2 De-
Wiederholungen
unveränderlicher
Anzeigen entsprechen
der Rabatt. Die
gerichtliche Ein-
treibung und Kon-
kurrenz ist bei
Rabatt unzulässig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 185 Druck und Verlag in Ultenfels. Dienstag, den 12. August. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1918

Die Reichsverfassung.

4. Abschnitt. Der Reichsrat.

Der Artikel über das Stimmenverhältnis im Reichsrat bleibt unangetastet bestehen. Danach bedeuten also eine Million Einwohner je eine Stimme im Reichsrat nur daß kein Land mehr als zwei Fünftel aller Stimmen haben darf, jedoch hat jedes Land mindestens eine Stimme, also auch die ganz kleinen.

Die von den Deutschnationalen verlangte einheitliche Stimmenabgabe jedes Landes im Reichsrat, die den alten Bundesrat wieder hätte entstehen lassen und die die besondere Vertretung der einzelnen preussischen Provinzen im Reichsrat unmöglich gemacht hätte, wurde abgelehnt.

5. Abschnitt. Die Reichsgesetzgebung.

Hier veruchten die Unabhängigen, die Räte als Instanz der Gesetzgebung in die Verfassung zu bringen, selbstverständlich vergeblich.

Die in weiterer Leistung verhängnisvoll gefaßten Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid wurden jetzt abgeändert. Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz kann danach zur Abstimmung gebracht werden vom Präsidenten und von einem Drittel des Reichstags in Verbindung mit einem Zwanzigstel der Wähler. Ein Gesetz muß durch Volksbegehren vorgelegt werden, wenn ein Fünftel der Wähler es verlangt. Jedoch kann ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz durch Volksentscheid nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn die Mehrheit aller Wähler sich bei der Abstimmung beteiligt. Falls es sich aber um eine Verfassungsänderung handelt, muß die Mehrheit der Wahlberechtigten sich nicht nur an der Abstimmung beteiligen, sondern der Aenderung zustimmen. Das bedeutet in Wirklichkeit eine stark qualifizierte Mehrheit. Denn niemals wird die Gesamtheit der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen. Das Recht, den Volksentscheid zu beantragen, hat auch der Reichsrat, wenn er einer Verfassungsänderung des Reichstags widerspricht.

6. Abschnitt. Die Reichsverwaltung.

Hier wird die einheitliche Außenpolitik, Wehrverfassung, Schulverwaltung usw. festgelegt. Es befindet sich auch der Artikel 80 darunter: „Das Kolonialwesen ist ausschließlich Sache des Reichs.“ Bei der Wehrverfassung wird nicht mehr für die Befehlsstellen der Länder (Kommandostellen der Einzelstaaten) selbständige Befugnis verlangt, sondern nur gesagt, daß sie unter Berücksichtigung der landmannschaftlichen Eigenart einheitlich durch Reichsgesetz zu regeln sei.

Artikel 84 gibt dem Reich das Recht, Vorschriften über die Steuerverwaltung der Länder aufzustellen.

Bei Post und Eisenbahnen, die grundsätzlich allein Sache des Reichs sind, wird an die Länder die Konzession gemacht, daß Verordnungen auf diesem Gebiet nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen werden. Jedoch ist bereits vorgesehen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats dieses Ordnungsrecht dem Reichspostminister, bzw. dem zuständigen (noch nicht bestehenden Reichseisenbahn- oder Verkehrs-) Minister übertragen kann. Bis zu 1. April 1921 müssen Post und Telegraph sowie Eisenbahnen, Wasserstraßen und Seereisen auf das Reich übergeführt sein.

7. Abschnitt. Die Rechtspflege.

Umstritten waren hier nur die Militärgerichte. Es bleibt bei der Bestimmung, daß sie aufgehoben sind, der Kriegsminister und die Rechte trübten sich gegen die verfassungsmäßige Aufhebung. Im Übrigen ist auch die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben, mit Ausnahme der Kriegsverbrechen. Der letzte Artikel des ersten Hauptteils sieht die Errichtung eines Staatsgerichtshofs vor.

Erklärungen des Grafen Wedel.

Der bisherige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, erörtert in den „Hamburger Nachrichten“ die Frage, ob ein Verständigungsfriede möglich gewesen sei. Auf Grund seiner Beobachtungen in Wien stellt er fest, daß zu dem Zeitpunkt, als Prinz Sixtus von Parma im Auftrag des Kaisers Karl wegen des Friedens

mit Poincaré verhandelte (im März 1917) und die deutschen Tauchboote ihre größten Erfolge hatten, das Angebot des Kaisers Karl, er werde seinen ganzen Einfluß für die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich einsetzen, von Lloyd George den Verbündeten zur Beachtung empfohlen wurde. Aber Frankreich wollte sich mit Elsaß-Lothringen nicht begnügen. Nach der zweiten Reise des Prinzen nach Paris sei die Entente auf den Friedensgedanken überhaupt nicht mehr eingegangen. Es sei anzunehmen, sagt Graf Wedel, daß die Entente überhaupt nur einen Sonderfrieden mit Oesterreich geschlossen hätte, dessen Bedingungen aber so waren (Verlust Tirols bis zum Brenner, ab des ganzen Adriagebiets), daß Oesterreich sie nicht annehmen konnte. Frankreich habe das Angebot des Kaisers Karl rundweg abgelehnt.

Im Frühjahr 1918, fährt Graf Wedel weiter aus, fand in Genf eine Unterredung zwischen dem Buren-general Smuts und dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff statt. Die Anregung war von England ausgegangen. Mensdorff war in London sehr beliebt, und man kannte ihn als England-Freund. Graf Czernin konnte sich darauf verlassen, daß er sich genau an den Auftrag halten würde, der lautete: „So fort fragen, ob ein allgemeiner Frieden in Frage kommt, ob auch für Deutschland eine Friedensmöglichkeit besteht. Befehdendenfalls vorschlagen, einen Vertreter der deutschen Regierung zuziehen. Verneinendenfalls erklären, daß weitere Besprechungen zwecklos seien.“

Wie mit Graf Mensdorff nach seiner Rückkehr erzählt, hat ihn Smuts auf die Frage geantwortet: Mit Deutschland könne nicht gesprochen werden. Auf den Einwand des Grafen Mensdorff, ob man denn immer noch glaube, die deutsche Armee besiegen zu können, erfolgte die Antwort: Man glaube nicht, Deutschland militärisch besiegen zu können, aber der Augenblick, mit Deutschland zu sprechen, sei noch nicht gekommen.

Der einzige Augenblick, in dem England und Frankreich ernstlich an einen Friedensschluß dachten, war wohl, als Lloyd George, besorgt wegen der Verfehlungen durch die Tauchboote im Sommer 1917, mit Ribot nach Rom fahren wollte, um mit Italien die Möglichkeit einer Verständigung zu erörtern, die Reise aber infolge neuer Nachrichten aus Oesterreich ausgab.

Im vergangenen Herbst (1918) trafen Ententevertreterungen in Wien ein. Ich begegnete in einem Wiener Salon einem hohen englischen Offizier. Er sprach mit großer Achtung von Deutschland und mit Bewunderung vom deutschen Heer und seinen Führern. Am meisten habe ihn der Rückzug im Spätsommer und Herbst 1918 imponiert. Er sei großartig geleitet und großartig durchgeführt worden. Fest gerechnet auf den Sieg habe man erst für dieses Jahr nach Einfluß frischer Amerikaner und Anwendung neuer Taktik usw. In England und Frankreich könne man nicht an die Wehrlosigkeit Deutschlands glauben, sondern rechne mit Möglichkeit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Widerstands. Er sehe aus den deutschen Zeitungen, daß man die Wehrlosigkeit mit der Revolution begründe. Das könne er nicht verstehen. Die Geschichte lehre, daß eine Revolution an sich ein Volk noch niemals wehrlos gemacht habe. Man könne es den Alliierten nicht verargen, wenn sie hinter der angeblichen Wehrlosigkeit eine Falle witterten.

Der Engländer kam dann in den folgenden Ausführungen auf die Verständigungsmöglichkeit zu sprechen. Eine Verständigung sei möglich gewesen, so lange Asquith am Ruder war. Die Lage habe sich völlig unter Lloyd George geändert. Lloyd George sei der Auffassung gewesen, daß der Kampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen England und Deutschland einmal ausgetragen werden müsse bis zur endgültigen Entscheidung. Das sei Lloyd Georges Auffassung, und er habe daher wiederholt auf die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes bis zur endgültigen Entscheidung hingewiesen. Seldem sei ein Verständigungsfriede ausgeschlossen gewesen.

Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft.

Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik, gez. Cohen, erklärt an alle Arbeiter der Deutschen Republik folgenden Aufruf:
Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrags ist die Bestimmung über den Wiederaufbau der in Frankreich und Belgien zerstörten Gebiete.

Die Leistungen Deutschlands zur den Wiederaufbau müssen in der Hauptsache in der Stellung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Es handelt sich also darum, daß die zahlreichen in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, die zum Teil ohne Beschäftigung sind, sich freiwillig für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Es ist selbstverständlich, daß die Interessen der Arbeiter dabei nach jeder Seite hin gewahrt werden müssen. Unersättliche Forderungen aber, wie sie in letzter Zeit aufgetaucht sind, dürfen nicht gestellt werden. Am besten würden wir dem eheher Arbeitsdingungen durch gemeinsames Verhandeln der deutschen und französischen Gewerkschaften zu erzielen sein. Aber auch für die Arbeiterräte der Deutschen Republik liegt hier eine lohnende Aufgabe vor. Sie müssen den deutschen Arbeitern sagen, daß Ungeheures von der richtigen Erledigung dieser Angelegenheit abhängt. Sie müssen ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht dient für deutsche und französische Kapitalisten, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung. Der Wiederaufbau Frankreichs ist ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, so noch mehr ein gemeinsames europäisches. Der Zentralrat richtet daher an alle Arbeiterräte den dringenden Appell, im Sinne dieses Aufrufs tätig zu sein und mit dazu beizutragen, daß der Deutschen Republik aus der Richtersfällung gerade dieser ausschlaggebenden Friedensbedingungen kein neuer unabsehbarer Schaden erwächst.

Geheimchreiben der Kommunisten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet: Da Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus ist in den Besitz eines geheimen Rundschreibens der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) an seine Agenten und Bezirksvorstände gelangt. In dem Rundschreiben heißt es: Die innerdeutsche Krise muß weiter zur Entwicklung kommen. Wir bitten die Organisationen, ferner der Werbung unter den Soldaten die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Aufrüstung und das Erwachen der proletarischen Massen macht zweifellos weiter Fortschritte. Die Eisenbahner können heute als für die Revolution gewonnen angesehen werden, wenn sie auch politischen Lösungen noch nicht zugänglich sind. Die Postbeamten sind in Gärung geraten. Eine besondere Sorge bilden die Landarbeiter. Ein Sturmtrupp der Revolution werden die Landarbeiter und Bauern nicht werden. Ohne ihre Sympathie oder mit ihrer Feindschaft ist das Werk der Revolution ungeheuer erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die wie keine zweite der Bourgeoisie ans Mark geht. Ein Eisenbahnerstreik schwächt auf die Dauer eine starke Regierungsmacht (wie Rußland 1906), geschweige denn einen solch halbverwesten Körper, wie die Regierung Ebert-Roske. Das Ziel der Werbung muß sein, Zukunftsbilder den Eisenbahner vor die Augen zu stellen, ihnen zu zeigen, daß die Jugendschicksale, Lebensmittelpreisversteigerung und anderes Schwindes sind und daß es für sie kein anderes Ziel gibt, als für das Gesamtproletariat: Die Räterepublik. In der Agitation glauben wir, daß mit dem zunehmenden Zerfall der Sozialdemokratie sich die Gegensätze zur Unabhängigen Partei selbst in den Vordergrund schieben. Wir glauben namentlich, daß die Haltung der Unabhängigen in der Friedensfrage — schwachlich, gedankenlos und unwachsam, indem sie die Wirkungen des Friedens einfach weglug —, nicht genug gegeistelt werden kann.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. August.

Die gestrige Sitzung brachte eine interessante Anfrage des Abg. Hartmann nach dem Ergebnis der Rechnungsablegung der Arbeiter- und Soldatenräte. Hartmann verlangte auch Auskunft darüber, ob die Räte für unerlaubte Ausgaben haftbar gemacht werden. Geheimrat Semisch kam in seiner Antwort aus dem Ahseljuden kaum heraus. Er bedauerte, daß die Berichte über die Ausgaben der Räte nur spärlich und lüdenhaft einlaufen, vielfach werden auch gar keine Aufkünfte gegeben. Nach den bis jetzt eingegangenen Angaben seien beim Militär bis 31. März etwa 38 Millionen verbraucht worden. Das Reich habe mindestens 100 Millionen durch Kätekosten eingebüßt; dazu kommen die Kosten der Einzelstaaten, die zum Teil sehr hoch (in Preußen allein 19 Millionen) seien. Man wird alles in allem einen Räte-Etat von etwa einer Milliarden in Rechnung ziehen dürfen. Die Mitteilung des Reichsbeamten rief im Hause höchst

Erstausen hervor, das sich Feigheit, als er erklärte, es sei noch nicht bekannt geworden, daß die Räte für verschleuderte Gelder haltbar gemacht wurden. Im Hause herrschte aber nun schon der Wissensdurst, was mit den öffentlichen Geldern angefangen werde; so mit den neuerdings angeforderten 6 Milliarden, für deren Verwendung ein Haushaltsplan ebenso wenig vorgelegt wurde, wie bei der ganzen Steuerreform überhaupt. Es werde einfach gesagt: so viel brauchen wir, während früher kein Pfennig verwilligt worden sei, ohne daß auch der genaue Nachweis für die Notwendigkeit erbracht wurde. — Nach der Erledigung der Anfragen wurde die Beratung des „Elektrizitätsgesetzes“ in Angriff genommen, nach dem alle Kraftanlagen mit über 50 000 Volt in die Verwaltung des Reichs übergehen sollen. Reichsminister Mayer-Kaupfmann (Jr.) begründete den Gesetzentwurf: Am Samstag wurde vor sehr schwach besetzten Häfen die erste Beratung beendet und die Vorlage an einen Ausschuss verwiesen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Freitag-Sitzung um 4 Uhr nachmittags.

Abg. Kühnert (U.S.P.) fragt u. a., ob die Regierung bereit sei, die Vergütung der diesjährigen Getreuernte durch ein völliges Verbot des Brauens und Brennens zu verhindern.

Abg. Dr. Bergerlein: Gegenwärtig beträgt die den Brauereien zugewiesene Getreidemenge noch etwa 5-4 Proz. der für den Konsum der Bevölkerung erforderlichen Menge. Auch für das neue Wirtschaftsjahr werden wieder wesentliche Einschränkungen erfolgen.

Abg. Deltus (D.D.P.) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf das Treiben einiger Bezirksarbeiterräte, die eine völlige Aufsicht über den Dienstbetrieb der Behörden ausüben.

Ein Regierungsvertreter weist darauf hin, daß in dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte auch die Befugnisse der Bezirksarbeiterräte begrenzt werden sollen.

Abg. Kautz (U.S.P.) weist auf die riesigen Gewinne der Viehhändlerverbände während des Kriegs hin und auf die Ueberschüsse, die sie jetzt noch machen.

Abg. Dr. Bergerlein erklärt, diese Verbände hätten das Recht, Zuschläge zu erheben. Bestimmungen über die Verwendung der Ueberschüsse zu treffen stehe den Einzelstaaten zu.

Abg. Hartmann (D.D.P.) fragt nach dem Ergebnis der Rechnungsablegung der A. und S. - Räte.

Abg. Semisch: Die Regierung ist noch nicht in der Lage, eine erschöpfende Auskunft zu erteilen, da das Material trotz allem Drängen nur unvollständig vorliegt. Ein Teil der Soldatenräte hat die Rechnungslegung abgelehnt. Im Augenblick ergibt sich folgendes Bild: Die Kosten sind in der Hauptsache persönliche Tagesgelder und Reisekosten. Daneben laufen aber auch Ausgaben für reine Parteizwecke. Beim Hier sind bis zum 31. März etwa 38 Millionen aufgewendet worden. Nach den bisherigen Unterlagen hat das Reich mindestens 100 Millionen Mark eingebüßt. (Cebh. Hört! Hört!) Die mitgeteilten Kosten der Bundesstaaten belaufen sich außerdem auf etwa 22 Millionen, in Preußen allein auf 19 Millionen Mark. Von Baden, Sachsen und Braunschweig, wo der Aufwand nichtfalls sehr hoch sein wird, liegen noch keine ausreichenden Berichte vor. Im Westen werden die Ausgaben auf 15 Millionen geschätzt. Die genannten Zahlen verstehen sich abzüglich von den seitens der Vollzugsräte und den Zentralräten aufbewahrten Beträgen. Ueber eine Haftarmadung einzelner Mitglieder der A. und S. - Räte ist bisher nichts bekannt geworden.

Der Gesetzentwurf einer weiteren Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen. Das Gesetz über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland wird dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Sozialisierung der Elektrizitätsgesellschaften.

Reichsminister Mayer: Der Gesetzentwurf bezweckt 1. die Schaffung eines im Reichsgebietum stehenden Elektrizitäts-Hochspannungsnetzes, das sich im Laufe der Jahre über das ganze Reich ausbreiten soll; 2. die Sicherung eines maßgebenden Einflusses des Reichs auf alle Elektrizitätsanlagen größeren Stils. Vor allen Dingen sollen die jetzt schon bestehenden großen Elektrizitätserzeugungsgesellschaften untereinander verbunden werden. Mit der Durchführung dieses Gesetzes überläßt das Reich monopolistisch die Aufgabe des Großtransports der elektrischen Bahnen. Hochspannungsleitungen sind fortan Reichswege. Zu einer einheitlichen Elektrizitätswirtschaft gehört eine Beherrschung der wichtigsten und größten Stromerzeugungsalternativen durch die öffentliche Hand. Allerdings scheint es nicht

möglich ein Monopol des Reichs festzulegen, und es scheint ausreißend nur die kapitalistische Beteiligung an solchen großen Kraftwerken in die Hand des Reichs zu legen. Die Entscheidung über die Grundfrage soll auf der Grundlage geregelt werden, daß eine Verteilung der Herstellungskosten unter Berücksichtigung der Abschreibungen gemäht werden soll. Der Gesetzentwurf ist vor allen Dingen dazu bestimmt, die Lücken in unserer Kohlenversorgung auszugleichen.

Die Sitzung am Samstag begann 3.20 Uhr nachmittags. Die erste Beratung des Elektrizitätsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Kahmann (S.): Wir begrüßen das Gesetz und hoffen, daß ähnliche Maßnahmen auch auf die Kohlen- und Wasserkraft ausgedehnt werden. Das Gesetz bringt die Beendigung des Kapitalismus und wird gleichzeitig die Befreiung der Reichsfinanzen herbeiführen. Leider umfaßt das Gesetz nur Anlagen, die größer als 50 000 Volt sind. Nach dem § 1 der Vorlage werden von den 4000 Werken nur 200 sozialisiert; aber diese 200 Werke schaffen 74 Proz. der gesamten deutschen Leistung. Sie sind mit ihren Anlagen billig; auch den Rest der 26 Proz. zu leisten.

Abg. Wieland (D.D.P.): Mit dem Ziel der Vorlage, an die Stelle der bisherigen Zersplitterung eine gemeinschaftliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft zu setzen, sind meine politischen Freunde einverstanden. Nur haben sie schwere Bedenken, ob der hier vorgeschlagene Weg zum Ziel führt. Der einen Milliarde, die man einstreifen in Aussicht genommen, werden noch verschiedene andere Milliarden folgen müssen. Meine Freunde würden einen gemäßigten wirtschaftlichen Betrieb in Gestalt einer Haftgesellschaft vorsehen.

Abg. Bienenz (D.nat. Sp.): Unsere Fraktion erblickt in dem Entwurf eine Maßregel von ungeheurer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Im Lande wird jetzt schon eine gewisse Mächtigkeit in der Geschäftswelt der Nationalverleumdung über vermehrt. Das Reich muß aber auch eine gesunde Volkspolitik gegenüber den Abnehmern in die Wege leiten. Der Kraftstrom muß zu maßvollen Preisen geliefert werden. Billig vermischen wir einen Finanzplan.

Die Vorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen.

Zweite Beratung des Grunderwerbsteuergesetzes.

§ 1 wird folgende Fassung erhalten: „Beim Uebergang des Eigentums an inländischen Grundstücken wird eine Grunderwerbsteuer erhoben. Dem Uebernehmer des Eigentums steht gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken.“

Abg. Sellmann (S.): Annehmbar ist für uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer acht gelassen wird.

Abg. Henke (U.S.P.): Die Grunderwerbsteuer wird auf die Miete abgemildert werden, daher ist sie abzulehnen.

Abg. Becker-Hessen (D.nat. Sp.): Wir stimmen dem Entwurf mit schwerem Herzen zu. Die ganze Steuererhebung des Reichs beruht auf einer Schwächung der Finanzgebahrung der Gemeinden.

Abg. Baercke (D.nat. Sp.): Dankbar würden wir für eine Erklärung sein, wie sich das Verhältnis dieser Steuer zu anderen Steuern, wie Umsatzsteuer, Wertumschlagsteuer usw. stellen wird.

Abg. Regierungsrat Dr. Köppl erwidert, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsabgeordneten zu verhandeln sein werde.

§ 1 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. § 2 bis 6 werden ohne Debatte angenommen.

§ 7 behandelt die Fälle, in denen die Steuer nicht erhoben werden soll. Dazu beantragen die Demokraten eine Ermäßigung der Steuer bis zur Hälfte, wenn die Steuerpflichtigen Beiträge bei bebauten Grundstücken 20 000 Mark und bei unbebauten Grundstücken 5000 Mark nicht überschreiten. Die deutsche Volkspartei beantragt gleichfalls Steuerermäßigungen.

Reichsfinanzminister Erzberger bittet die Anträge abzulehnen. Das Reich brauche 25 Milliarden.

§ 7 wird unter Ablehnung der Abänderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

§ 8 bestimmt, daß die Steuer auch erhoben wird bei Grundstücken, die im Besitz der Toten Hand, von Vereinigungen, Anstalten oder Stiftungen sind, wenn 20 Jahre seit der Bindung oder des Erwerbs verstrichen sind.

In der Abstimmung wird § 8 mit knapper Mehrheit unbedeutend angenommen, ebenso die folgenden §§.

Bei § 16 wird der Antrag der Rechtsparteien auf Ermäßigung der Steuern von 4 auf 3 Proz. abgelehnt. Weitere §§ gelangen unverändert zur Annahme.

Die Hälfte der Steuer soll dem Reich, die andere Hälfte den Ländern zufallen.

Ein § 33 a legt fest, daß den Gemeinden bis zum 31. Sept. 1925 der Durchschnittsertrag der letzten 3 Jahre zu belassen ist. Der Rest des Entwurfs wird erledigt.

Neues vom Tage.

Das Geheimnis der „Bremen“ gelüftet?

Berlin, 11. Aug. Wie die „Voss Ztg.“ meldet, ist die Besatzung des verschollenen Handelstauchbootes „Bremen“ in Bremen eingetroffen. Die Engländer haben die Besatzung drei Jahre lang gefangen gehalten und ihren Aufenthalt streng geheim gehalten. Die „Bremen“ war das zweite der beiden Handelstauchboote — das erste war die „Deutschland“ —, die eine Fahrt nach Amerika unternahmen. Die „Bremen“ kam aber nie in Amerika an und scheint unterwegs von den Engländern abgefangen worden zu sein.

Aus der Streifbewegung.

Dresden, 11. Aug. Der Vorstand des sächsischen Eisenbahnerverbands warnt die sächsischen Eisenbahner vor der Teilnahme an dem beabsichtigten mitteleuropäischen Eisenbahnerstreik.

In einer Verhandlung des Militärministers Kirchhoff und des Generals v. Odershausen mit einer Abordnung Chemnitzer Arbeiter wurde die Milderung der Reichsregierung des Belagerungszustands durch Einlegung einer Sperrstunde zugesagt.

Wie die Chemnitzer Polizeibehörde mitteilt, haben die Regierungstruppen 14 Tote und 56 Verwundete zu beklagen. Von den Zivilisten wurden 11 getötet und 49 verwundet. Nach privater Schätzung hatten die Truppen 60-80 Tote und 200 Verwundete.

Hamburg, 11. Aug. Die Bankangelegenheiten in Hamburg-Altona sind heute in den Streik getreten. Die Banken geben bekannt, daß, falls die Mehrzahl der Angestellten nicht zur Arbeit erscheinen sollte, der Verkehr mit dem Publikum nicht aufgenommen werde.

Keine Tauchboote zu Angriffszwecken.

Paris, 11. Aug. (Havas.) Der Oberste Rat hat angeordnet, daß in den Flotten der Verbündeten keine Tauchboote zu Angriffszwecken mehr gebaut werden sollen.

Die Schadener Jagdgelände sollen von Deutschland in Frankfurter Währung geleistet werden.

Die italienische Regierung hat alle Kriegsverordnungen gegen Deutschland aufgehoben.

Wien, 11. Aug. Der Wiesbadener Hochverrat Dr. Dorn ist in Paris eingetroffen und wird eine Unterredung mit Clemenceau haben.

Zwangsauwanderung in England.

Amsterdam, 11. Aug. Wie drahtlos gemeldet wird, wird das englische Kriegsministerium den Antrag stellen, daß in den nächsten drei Jahren 36 000 demobilisierte britische Soldaten mit ihren Familien nach Westaustralien entsandt werden.

Die Zeichenarbeiter in Oberschlesien.

W.Z.B. Berlin, 12. Aug. Die Zeichenarbeiter in Oberschlesien verlangen die Entlassung unbeliebter Beamter und sämtlicher Personen, die früher beim Grenzschutz tätig waren.

Leserbriefe.

So heilig sei dir die Wahrheit, als wenn jedes Wort jedes Rein deines Mundes ein Eidswur sei.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Trostelt

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

20. Kapitel.

Nach im Laufe dieses Tages begab Doktor Brandt sich nach dem Schlosse, um mit dem Grafen zu beraten, auf welche Weise man die Komtesse dauernd vor diesen Enthüllungen schützen könne.

Egon war nicht sogleich zu sprechen, dagegen erschien Blanka sofort, um den Arzt in ihrer lebenswürdigen, bestirrenden Art auszusprechen.

„Ich glaube nicht, daß Schellen der Mörder ist,“ sagte der Doktor, „weil der Himmel, welcher Wegelagerer die unselige Tat begangen hat, der Angeklagte büßt umsonst. Aber das kann nun alles nicht helfen, die Aussage der Komtesse würde an dem Urteil doch nichts ändern, sie muß aus dem Spiel bleiben. Und wenn sie mit den bededendsten Worten seine Unschuld beteuerte, man würde ihn nicht freilassen, denn der Schein ist gegen ihn.“

„Doch wohl nicht bloß der Schein, Herr Doktor,“ meinte Blanka nachdenklich, „Wegelagerer gibts hier gar nicht, und wenn sich mal einer nach dieser kleinen Stadt verirrt, so wagt er es noch lange nicht, gerade im Schloßpark sein Handwerk auszuüben. Niemand ahnt, daß der Graf eine so hohe Summe bei sich trug. Nur Schellen wußte es. Meiner Ansicht nach kombiniert der Staatsanwalt sehr scharf und vollkommen richtig.“

In diesem Augenblick erschien der Graf, Doktor Brandt ging ihm entgegen, auch Blanka hatte sich erhoben. Bescheiden stand sie neben dem purpurnen Türvorhang, ein entzückendes Bild.

„Wenn Sie gestatten, Herr Graf, so bleibe ich,“ sagte sie bittend, „alles was Anneliese angeht, ist für mich von

größter Bedeutung, bei einer so langjährigen und treuen Freundin, wie ich es bin, wohl eigentlich selbstverständlich.“

Der Graf führte sie lächelnd zu ihrem Platz zurück. „Es bedurfte dieses Hinweises nicht, gnädiges Fräulein, wie alle sind von Ihrer Aufsichtigkeit überzeugt und glücklich, Sie bei uns zu haben. Sie gehören ja schon mit zur Familie.“

Der Graf fand, daß Dr. Brandt sie sehr aufmerksam betrachtete, und fragte daher in scharfem Ton, was der Arzt mit ihm zu besprechen wünsche.

„Ich wollte mit Ihnen beraten, Herr Graf,“ bemerkte der Arzt, „wie wir uns zu dem Antrag des Rechtsanwalts, die Komtesse zu vernehmen, stellen wollen.“

„Es ist gar nicht daran zu denken,“ rief Egon, daß Anneliese vor Gericht erscheint. Anneliese beginnt soeben, sich von ihren schweren Leiden zu erholen, es könnte ihr Tod sein, wenn sie so plötzlich die Wahrheit erfährt.“

„Das habe ich den Herren bereits mitgeteilt, und zwar unter meinem Eide. Und ich lege Ihnen, mein liebes, verehrtes Fräulein noch einmal ganz besondere Vorlicht an das Herz. Gerade dieses Stadium, in dem der Gesundheitszustand unserer teuren Komtesse sich befindet, ist äußerst gefährlich. Ein unbedachtes Wort könnte unabsehbares Unheil anrichten, während ununterbrochene Fürsorge sie retten wird.“

„Verlassen Sie sich darauf, Herr Doktor, daß hier das Reindestmögliche geschieht. Ich möchte sagen, es dreht sich alles um unsere liebe Kononaleszentin. Ein jeder wetteifert, ihr Liebes zu erweisen. Und tatsächlich hat sie sich in den letzten Wochen prächtig erholt.“

„Körperlich — ja! Seelisch — nein! Sie trauert in einer krankhaften Sehnsucht um den Geliebten. Ein wenig mehr geselliger Verkehr wäre sehr zu wünschen. Absehung wirkt immer wohlthuend.“

„Ich hatte schon die Absicht, trotz unserer Trauer einige Einladungen ergehen zu lassen, eben, um Anneliese ein bißchen aufzumuntern. Aber sie wollte nichts davon wissen. Jetzt werde ich darauf bestehen.“

„Lun Sie das!“ Doktor Brandt hatte sich erhoben. „Es könnte immerhin sein, daß der Beweisantrag von dem Rechtsanwalt wiederholt wird. Sie dürfen in keinem Falle nachgeben, Herr Graf.“

Doktor Brandt zögerte noch. „Dem armen Schelm, dem Schellen geht es an Kopf und Kragen, wenn nicht ein unvorhergesehenes Ereignis ihn rettet.“

Egon zuckte die Achseln. „Was könnte da wohl geschehen?“

„Es ist ja schon öfters vorgekommen, daß der Mörder, von Gewissensbissen getrieben, sich in letzter Stunde dem Gericht stellte, um ein Geständnis abzulegen.“

Schien es dem erfahrenen Arzt nur so oder verführte sich des Grafen Gesicht.

„Sie halten den Menschen für unschuldig?“ stieß Egon heftig hervor.

„Er ist unschuldig, Herr Graf, das Opfer eines unseligen Zufalls, der Himmel mag dem Aermsten beistehen.“

Der Doktor war endlich gegangen, und die beiden waren allein.

Egon schien heftig erregt. Er zerrte an seinem Schnurrbart und atmete heftig. Er dachte nicht einmal daran, Blanka ein freundliches Wort zu sagen; das ärgerte und beunruhigte sie.

War ihre Macht schon im Abnehmen? Sie schlang den Arm um seinen Hals, da zog er sie fest an sich. „Daß wir noch keine Besuche empfangen haben, daran bist du eigentlich schuld,“ meinte er, „du warst stets dagegen, Fremde hier zu sehen.“

„Kannst du den Grund nicht erraten?“ rief Blanka heftig. „Ich will nicht länger als Gesellschaftsfräulein angesehen und behandelt werden. Ein flüchtiges Kopfnicken und ebensolches Staunen, das meiner Schönheit gilt, und man ist mit mir fertig. Alle Aufmerksamkeit und Huldigungen werden an die Adresse meiner Cousine gerichtet, trotzdem sie mit ihrem tratten Teint, den dunkel umrandeten Augen und dem apathischen Wesen ohne Reize ist!“

Egon suchte sie wieder zu umfassen. „Gönne der Vermissten doch die paar Aufmerksamkeit, an denen sie nicht einmal Freude hat, Bleibst. Wie reich bist du gegen sie! Ihr wurde alles genommen, alles, sie ist keine oberflächliche Natur, und Keuschlichkeiten gelten ihr nichts. Habe nur noch ein Weibchen Gebuld, mein Kind, und du kannst als Frau Gräfin in prächtigen Toiletten mit deiner Schönheit allen die Köpfe verdrängen. Eigentlich sollte dir die Anbetung deines Mannes genügen. Aber du willst immer noch mehr, keine Toranna.“

Fortsetzung folgt.

Amliches.

Die Abhaltung von Ergänzungskursen zu den 10wöchentlichen Unterrichtskursen über Obstbaumzucht.

Zum kommenden Herbst, vornehmlich im Monat Oktober, werden im Falle genügender Beteiligung an der Landwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim, an der Weinbauschule in Weinsberg, in Ulm von Obstbauinspektor Winkelmann, sowie erforderlichenfalls noch am pomologischen Institut des Dekoromierers Lucas in Neutlingen Ergänzungskurse zu den 10wöchentlichen Unterrichtskursen über Obstbaumzucht abgehalten werden. Die Teilnehmer erhalten eingehende theoretische und praktische Unterweisung über Ernte des Obstes, Sortenerkenntnis, häusliche Obstverwertung und Verpackung des Obstes. Zu diesem Zweck sind dieselben verpflichtet, nach Anleitung der Kursleiter die entsprechende Arbeiten zu verrichten.

Die Dauer des Kurses ist auf zwei Wochen festgesetzt. Der Unterricht ist mündlich; für Kost und Wohnung aber haben die Teilnehmer selbst zu sorgen.

Bedingung für die Zulassung sind die vorausgegangene erfolgreiche Teilnahme an einem 10wöchentlichen Unterrichtskurs über Obstbaumzucht.

Gesuche um Zulassung zu den Unterrichtskursen sind bis längstens 10. September ds. Js. an das Sekretariat der Zentralfstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart einzulassen. Näheres Staats-Anz. Nr. 179.

Landesnachrichten.

Montag, 12. August 1919.

Erhöhung des Postportos. Wie wir hören, soll nach dem Staatenaußschuß bereits vorliegenden Beschlüssen das Porto für Briefe bis 20 Gramm auf 20 Pfennig, über 20 Gramm auf 30 Pfennig erhöht werden. Für die Berechnung des Paketportos sind zwei Zonen vorgesehen, eine Zone von 75 Kilometer einschließlich und eine Fernzone über 75 Kilometer. Beim Gewicht sind vier Stufen von je 5 Kilo gewählt. Das Paketporto beträgt bis 5 Kilo einschließlich in der Zone 75 Pfg., in der Fernzone 1,25 Mk., über 5 Kilo bis einschl. 10 Kilo 1,15 bzw. 2,15 Mk., über 10 Kilo bis einschl. 15 Kilo 3 Mk. bzw. 5 Mk., über 15 Kilo bis einschl. 20 Kilo 4 Mk. bzw. 6 Mk. Auch die Gebühren für Drucksachen über 50 Gramm werden erhöht, ferner die Sätze für Geschäftsbriefe, Warenproben und Mißsendungen. Die Telegrammgebühr beträgt für gewöhnliche Ortstelegramme 8 Pfg. für jedes Wort, mindestens 80 Pfg., für jedes gewöhnliche Telegramm im Fernverkehr 10 Pfg., mindestens 1 Mk. Für Presstelegramme gilt die Hälfte der vorstehenden Gebühren. — Die feste Gebühr für Auszahlung im Postfachverkehr wird von 5 auf 10 Pfg. erhöht. Das Ergebnis der Einnahmen aus den Taxerhöhungen wird bei den Postgebühren auf 327 Millionen Mark und bei den Telegraphen- und Fernspreckgebühren auf 110 Millionen Mark geschätzt.

Entlassene Marineangehörige sind zum Tragen des Mützenbands nicht berechtigt; an ihrem Jackett müssen sie Zivilknöpfe tragen und dürfen keine Abzeichen besonderer Dienstgrade oder besonderer Funktionen usw. tragen.

Nagold, 11. August. (Banjuschiffe.) Die Frage der Beschaffung von Wohnungen hat nach dem Ges. in der letzten öffentlichen Gemeinderatsitzung einen breiten Raum der Verhandlungen eingenommen. Der Vorsitzende, Herr Stadtschultheiß Maier, teilte mit, daß die Gewährung von 10 000 Mark als Zuschuß für eine Dreizimmerwohnung vom Staat nicht als allgemeine Norm gelte, sondern daß von Fall zu Fall nach den besonderen örtlichen Verhältnissen vom Ministerium entschieden würde. Auf den vom Stadtschultheißeramt erlassenen allgemeinen Aufruf hin haben sich eine Anzahl Interessenten gemeldet, die durch Einbau in ihre Häuser Wohnungen schaffen wollen, und auch solche, die bereit sind, Neubauten aufzuführen. Auch die Inhaber der staatl. Gebäude sind aufgefordert worden, Einbauten ins Auge zu fassen und bei ihren Behörden die nötigen Anträge zu stellen. Von diesen Aufforderungen ist auch dem Ministerium des Innern Mitteilung gemacht worden, damit von dort aus auf die Fachbehörden eingewirkt werden kann. Der Gemeinderat genehmigte die Uebernahme eines Schenkens der Ueberweisungs-Summen bei Neubauten als Anteil der Stadt und beschloß, die Gesuche um Gewährung des staatlichen Zuschusses befürwortend weiterzugeben. Zur Ausführung von Neubauten unter Vorkaufsrecht des entsprechenden Zuschusses durch den Staat für jede Dreizimmerwohnung sowie kostenfreie Hergebe des Bauplatzes und der gebrauchten Kalksteine durch die Stadt, hat sich eine ganze Reihe Bauwütiger bereit erklärt. Auch in diesen Fällen genehmigt der Gemeinderat die Uebernahme von 1/2 auf die Stadt, sowie die mündliche Abtretung des Platzes und der gebrauchten Kalksteine. Im übrigen werden auch diese Gesuche dem Ministerium befürwortend vorgelegt mit dem Ersuchen, die der Stadt zugesicherten Ueberweisungs-Zuschüsse auf diese Fälle zu übertragen. Durch diese Maßnahme würden acht weitere Wohnungen gewonnen.

Freudenstadt, 11. Aug. (Zum Ausbau der Margtalbahn.) Wie der Grenzer hört, sollen die Arbeiten des Bahnbau so gefördert werden, daß die Bahn im Herbst 1921 fertiggestellt sein wird. — Auch die Gem. inden Duzendach und Schwarzenberg mit Schwanmünz haben nun für den Bahnbau den notwendigen doppelten Betrag zugesichert. Außerdem werden die Gemeindef. Igelberg u. einzelne Waldbesitzer noch Beiträge geben.

Neuenbürg, 10. Aug. (Töblich verunglückt. — Solenne Hochzeit.) Gestern Mittag kurz vor 12 Uhr verunglückte der am Straßenrand Neuenbürg-Langenbrand beschäftigte, 40 Jahre alte Ernst Koch von hier dadurch, daß ihm beim Sprengen eines Wurzelkumpens ein Splinter die Schädeldecke einschlug. Der Tod trat sofort ein. Koch hinterläßt eine Witwe mit 3 Kindern. — Am Sonntag konnte der langjährige Agent der württ. Sparkasse, Privatier Wilhelm Röck mit Gemahlin, Karoline geb. Geiser, das seltsame Fest der goldenen Hochzeit begehen. Das Jubelpaar steht in den 70er Jahren und erfreut sich noch allgemeiner Richtigkeit.

(-) Stuttgart, 11. Aug. (Einwohnerwehr.) Die Res.-Sicherheits-Truppen werden mit Wirkung vom 11. ds. Mts. ab, zunächst unter Beibehaltung ihrer bisherigen Organisation als „Einwohnerwehr“ dem Ministerium des Innern unterstellt. Die Hauptstelle erhält die Bezeichnung „Hauptstelle für Einwohnerwehren Württemberg“ und befindet sich in Stuttgart, Akademie, Rufnummer 10584. Die Verbände führen die Bezeichnung „Einwohnerwehr“ „Einwohnerwehr“ „Einwohnerwehrbataillon“.

(-) Stuttgart, 11. Aug. (Ordnungsdienst.) Da die Zustände im Arbeiterverkehr auf der Staatsbahn geradezu unhaltbar geworden sind, fordern die Vereinigten Gewerkschaften Württembergs die Arbeiter der Bezirke Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen, Waiblingen, Schorndorf und Badnang auf, sich unverzüglich zur Uebernahme von Ordnungsdiensten auf den Bahnhöfen und in den Zügen zu melden, um geordnete Verhältnisse wieder herbeizuführen. Zur Begründung dieser Aufforderung wird hervorgehoben, daß das Zugpersonal leidet machtlos gegen die Rücksichtslosigkeit und Verhöhnung eines Teiles der Arbeiterschaft.

(-) Stuttgart, 10. Aug. (Die Ortsvorsteher wehren sich.) Die Vereinigung württ. Ortsvorsteher hat auf einer hier abgehaltenen Tagung folgende Entschlüsse gefaßt: 1. So lange die Regierung im Interesse der Ernährung der Bevölkerung die Weiterführung der Zwangswirtschaft für nötig hält, werden die Ortsvorsteher damit mit der ihrem Stande heute noch eigenen Autorität einsehen, verlangen aber Zurückstellung der Neuwahlen sowie daß, wenn die Lebensfähigkeit abgeschafft wird, erst 1 1/2—2 Jahre nach vollständiger Aufhebung der Zwangswirtschaft unter voller Wahrung wohlverdienter Rechte zu Neuwahlen geschritten wird. 2. Angesichts der durch die Kriegswirtschaft herbeigeführten besonderen Verhältnisse, die die Gefahr einer Nichtwiederwahl der Ortsvorsteher vervielfacht haben, und in Rücksicht auf die eingetretene starke Verschlechterung ist eine über die Bestimmung der Gemeindeordnung hinausgehende Sicherung der auf Zeit gewählten Ortsvorsteher ein unabweisbares Erfordernis.

(-) Stuttgart, 11. Aug. (Kleiderauffschliger.) Auf den Plattformen der Straßenbahnen sind in letzter Zeit wiederholt Fälle von Kleiderauffschliger vorgekommen und zur Anzeige gebracht worden. Hoffentlich gelingt es endlich, des Täters habhaft zu werden.

In den Heidebeeren.

Früh mit dem Gockel strehn sie auf
Und rüsten sich zum Tageslauf,
Die Morgenluppe rüschet hinab,
Die Koppeln klappern drauf im Trab
Zum Städtlein raus.

Wie Gluckheim mit dem Böcklein tut
So juchet aus samt ihrer Brut
Das Mütterlein mit Maid und Bub,
Ein halber Hund, ein ganzer Trupp
Zum Tagewerk.

Im Gratten liegt ein Häfelchen,
Da küssen sie die Beeren drein,
Dabei ein Bissen Roggenkrot,
Ein Stücklein Eperd, so heiß nicht: Rot
Wem's Mittag löst.

Nun sind sie dran, zum Anken Fleiß
Nimm manches Tröpflein saurer Schwefel,
Dazwischen tut ihr froher Mund
Ein Scherzwort und ein Lächeln lurch
Nach Schwabenland.

Frau Sonne sagt: „s' ist Zeit ins Bett,
Nacht Feiertag! Morgen geht
Mein Lauf und ewig vorne an,
So müssen wir jetzt Ruhe han';
Drum gute Nacht!“

Nun steigen sie im Abendstrolch
Von dunkler Tännchenhöf zu Tal,
Die Nörde schwarz, das Herze leicht
Dawit das Sorgenherz verstaucht
Der Heidewald.

Und der die Lieblich hat erdacht
Hat sich das Karfunkel blau gemacht,
Den Nagel und den Darm dazu,
Zu Petrus in der Ferkelstuh'
Mit Heidebeere.

3. B.

Vermischtes.

Schlechte Trauung. In Ludwigs (Baden) sollte in vorher Woche eine Trauung stattfinden. Der Bräutigam und die ganze Hochzeitsgesellschaft waren schon versammelt, aber die glückliche Braut kam nicht, sie hatte sich eines andern bemessen.

Banknotenschmuggel. Ein jugendlicher Herr veruchte im Pelzmantel die deutsch-schweizerische Grenze bei Gostmadingen zu überschreiten. Bei der Nachschau an der Grenze fiel dem kontrollierenden Landsturmann auf, daß sich hinten am Pelzmantel eine kleine Öffnung zwischen Sed und Tuch des

Man. Mittraulich geworden, vergräbte der Landsturmann mit dem Messer etwas die Öffnung und fand 10 Eintausendmarkscheine versteckt. Bei der weiteren Untersuchung fanden sich in der Kravatte des Herrn als Futter dienend versteckt weitere vier Eintausendmarkscheine. Als der Herr dann auch Schuhe und Strümpfe ausziehen mußte, kamen noch weitere 9 solcher Scheine zum Vorschein. Dem landigen Landsturmann wurde eine Bestrafung von 10 Prozent des Betrags der geschliffen erkannten Strafe ausbezahlt.

Bankdiebstahl. In der Filiale der Dresdener Bank in der Landsbergstraße 100, Berlin, sind aus einem erbrochenen Geldschrank 95 000 Mark bar und für mehrere Hunderttausend Mark Wertpapiere gestohlen worden.

Eisenbahnunglück. Am 9. August nachmittags fuhr bei Ahlen (Westfalen) ein Postzug einem Güterzug in die Flanke. Drei Militärpersonen wurden getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Literatur.

Der Vogt von Hornberg. Von Walter Emil. Eine Schwarzwalddgeschichte aus dem sechzehnten Jahrhundert. 88 Seiten. M. 3, gebunden M. 5, (mit 10 v. H. Feuerungsulschlag.) Zu haben in der W. Ricker'schen Buchhandlung.

Es ist die Zeit des berühmten „Interim“. Der spanische Karl hat das Herz des Schwäbischen Landes aus-einodergedrückt, und alle Evangelischen flüchten außer Landes. Ein abenteuerliches Treiben herrscht in der alten Reichsstadt Eßlingen. Auch der schwäbische Reformator, von Weib und Kindern getrennt, landet abgelehrt, nach vergeblichen Mittelschritten auf der Flucht, in der Schweizer Stadt, wo er in der stillen Einsamkeit einer bescheidenen Witfrau für einige Zeit Ruhe findet. Aber bald tauchen die kalten Hände der Inquisition auch hier auf. Sein alter Gönner, der Herzog Ulrich von Württemberg, läßt den Reformator, dem in der hallischen Heimat mittlerweile sein Weib starb, auf die Schwäbische Waldung Hornberg entführen, wo er nun unter dem Pseudonym Huldrich Geiser als Vogt sich versteckt hält. Aber selbst in dieser Wäldchen-Stille reicht der Spionearm des Kaisers. Der Ratschreiber von Hornberg, ein lüchlicher Wähler und Geschäftsmacher, kommt hinter des seltsamen Vogts Geheimnis. Die Gruberin vom Gutachten, die aus altem Haß gegen die Hornberger Brüder dem Ratschreiber bei einem Anschlag auf Brunn ohne Wissen um dessen Person ihren einsamen Hof zur Verfügung stellt, erkennt in dem Gefangenen den Seelsorger wieder, der in Eßlingen ihrem verstorbenen Bruder den letzten Beistand gab. Eine alte Neigung für den glaubensmühtigen Mann glüht in ihrem Herzen auf. Um den geliebten vor des Ratschreibers Verräterei zu retten, will sie diesem sich selbst zum Opfer bringen und gibt des Ratschreibers schwärzlicher Werbung nach. Etwas, der von der Tragödie im Grubenhof erfährt, will rasch entschlossen sich dem Kaiser stellen. Da wird der Ratschreiber von einem Anschlag, der um der Gruberin Not weh, erschlagen.

Legte Nachrichten.

WZ. Versailles, 12. August. Nach einer Radiomeldung aus Athen sollen türkische Offiziere versucht haben, die Gärten, die sich an der Küste auf der Höhe von Nea Mica befinden, zu besetzen. Die Versuch ist von einigen Kriegsschiffen vereitelt worden. Die türkische Besetzung ist gescheitert.

Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Brüssel ist mit der Niederlegung der Besatzungen von Antwerpen begonnen worden.

WZ. Amsterdam, 12. August. Laut Allgemeinen Handelsblatt meldet die Daily Mail aus Helsingfors, daß die Ungarn die Heil über die Sowjetregierung in Moskau im Wachen begriffen sei und daß die Regierung Maßnahmen trifft, um den Kessel zu räumen und nach Tula, 120 Meilen südlich von Moskau, umzuziehen.

WZ. Paris, 12. August. Laut „Dail. Tageblatt“ berichtet der Mailänder „Avanti“, daß die Eskorte der in Venedig verbliebenen englischen Kriegsschiffe die rote Fahne gehißt haben. Die Kriegsschiffe seien dann mit unbekanntem Ziel abgecampft.

WZ. Paris, 12. Aug. Von neuem wird berichtet, daß internationale Verhandlungen für die Erfassung des nach den neutralen Ländern verschobenen deutschen u. feindlichen Privatkapitals im Gange seien. Sie zielen darauf ab, die verbliebenen Kapitalien zu beschlagern. Es solle Forderung der auf diese Weise erfochten Summen auf unsere Kriegsschuld haften.

WZ. Berlin, 12. Aug. Während die „Germania“ über den Fortgang, den die Staatsverhandlungen in Weimar nehmen, sehr beunruhigt ist, sprechen rechtsstehende Blätter von einem „Finanzsalopp“ in Weimar.

Die Deutsche Wg. Ztg. hebt hervor, daß jetzt zum ersten Male ein Minister der Sozialdemokratie gegen die Finanzpolitik des Juntas, der antiken Regierung, spartei, zum Ausdruck gekommen sei. Es beste zwischen den beiden Regierungsparteien ein wütender Widerspruch. Daß er geeignet sein sollte, die Beschäftigung über die Finanzlage zu erschweren, sei kaum anzunehmen. Immerhin habe er doch politische eine starke Bedeutung.

WZ. Berlin, 12. Aug. General von Falkenhayn legt wert darauf, sich zu erklären, daß die Verantwortung für die mit der Abfertigung zusammenhängenden Geschäfte und Befehle des vorwärtigen obersten Kriegsherrn in der Zeit vom September 1914 bis August 1916 ihm zufalle. Im übrigen denke er nicht daran, sich den Feinden freiwillig zur Verfügung zu stellen und damit deren jedem Mißgefühl hoch sprechendes Befahren anzuerkennen.

Trud und Verlag der W. Ricker'schen Buchhandlung, Stuttgart.
Für die Druckerei verantwortlich: Emil Ricker.

Versteigerung von Waldungen.

Auf den Antrag der Erben des **Mejzer Christian Kirn** von **Altensteig-Stadt** kommen am
Samstag, 16. August d. J., zum zweiten- u. letztenmal
nachmittags 2 Uhr

auf dem Rathaus zu **Altensteig-Stadt** folgende Grundstücke zur öffentlichen Versteigerung:

Markung G. Imbach:

Parz. Nr. 1026	—: 44 a 40 qm	Berechtigterwald,
" " 1027	—: 44 " 78 "	dto.,
" " 1028	—: 44 " 35 "	dto.,
" " 1056	—: 63 " 01 "	dto.,
" " 1067	—: 57 " 38 "	dto.,
" " 1068	—: 56 " 48 "	dto.,
" " 1094	—: 43 " 48 "	dto.

Altensteig-Stadt, den 29. Juli 1919.

Bezirksnotar Beck.

Langholzverkauf.

In dem Gutsfischen Waldteil Spielberg III auf Markung Göttingen liegt folgendes Tannen- und Fichtenlangholz zum Verkauf bereit:

Stämme	2 St. II. Kl. mit 4,54 fm.	
"	18 " III. "	19,95 "
"	45 " IV. "	28,68 "
"	109 " V. "	31,70 "
"	78 " V. "	11,24 "
Abchnitte	1 " I. "	2,74 "
"	1 " I. "	1,02 "
"	1 " III. "	0,68 "

Waldschütze Georg Ruy in Besenfeld zeigt auf Verlangen das Holz vor. Angebote auf dieses Holz wollen in Prozenten der Richtpreise u. unter den staatlichen Verkaufsbedingungen bis spätestens zum **20. d. M.** bei dem Unterzeichneten eingereicht werden.

Forbach (Baden), den 10. Aug. 1919.

Stephani, Forstmeister.

An dem Fabrikweiterungsbau der Firma **Roch & Reichert, Tuchfabrik in Rohrdorf** wird sofort eine größere Anzahl

Maurer und Tagelöhner

eingestellt. Zu melden auf der Baustelle.

Die Unternehmer:

Schweizer & Stranle.

Die Sparkasse Altensteig

E. G. m. b. H.

gegründet im Dezember 1836

Telefon Nr. 58

Postsparkonto Stuttgart Nr. 3695

— Kassenlokal im Rathaus —

nimmt entgegen: Geldebeträge von 1 Mk. bis 20 000 Mk. von **Jedermann**, verzinst dieselben sofort mit 4% und verzichtet bei Rückzahlungen in der Regel auf Einhaltung einer Kündigungsfrist;

leicht aus: jede gewünschte Summe gegen doppelte Hypothekensicherheit auf Gebäude und Güter bei mäßigem Zinsfuß und beliebiger Heimzahlungsweise.

Die Kassenverwaltung.

Altensteig.

Baumwollflanell zu Hemden und Blusen
Reichsware

sowie Schurz- und Kleiderstoffe
schwarzes Wollgarn, Marke Vaterland
und verschiedene Ausputzartikel

bei
G. Strobel.

Verloren

ging ein schwarzer

Geldbeutel

mit Inhalt. Der ehrliche Finder wird gebeten denselben gegen gute Belohnung abzugeben in der R. d. d. St.

Kornfischeln

Senfen
Wörbe
Wegsteine
Kämpfe
Senfenringe
Holz- und
Heurechen
Holzgabeln
Heugabeln
Heuzangen
Seitrollen

empfiehlt

Karl Henzler sen.

Eisenwarenhdlg.

Altensteig.

Gutes

Bremfenöl

empfiehlt

Paul Beck.

Altensteig.

Eine noch sehr gut erhaltene

**Schneider-
Nähmaschine**

verkauft

Friedrich Bähler.

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41 —

empfiehlt

Stinköl

und

Karbolineum

zu Holzankrichen.

Gegenhausen.

Einen neu aufgerichteten

Leiterwagen

verkauft

Joh. Georg Steeb

Schindelwacher.

**Getrocknete
Gerberlohe**

in großen Posten zu kaufen gesucht.

Angebote erbitte!

H. G. f. Feinmechanik,
vorm. Jetter & Scheerer
Tutlingen.

Gehobene:

Freudenstadt-St. Louis (Amerika):
Martin Springmann, Bäckermstr.
in St. Louis Mo., 35 J.

Meistern—Renweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 16. August 1919

in das Gasthaus zum grünen Baum in Michelberg

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Jakob Großmann

Sohn des
Michael Großmann Holzhausers
in Meistern.

Anna Katharina Seeger

Tochter des
Johann Georg Seeger
Holzhausers in Renweiler.

Kirchgang um 12 Uhr in Michelberg.

**Dentist Holzinger
Nagold**

bis 20. August verreist.

Suche 10 Waggon

Buchen- und Tannenscheiterholz

ab Altensteig

Martin Koch, Nagold.

Altensteig.

Steigerwald's

Kunst-Mostansatz

im Konservenglas

mit Süßstoff für 150 Liter Most 21,50.

Das vollkommene Apfelsaft-Ersatz-Getränk!

Lamavino

Dr. Schweizer's

Kunstmost-Substanz

mit Süßstoff für 150 Liter Most 12.—

empfiehlt aus frischen Sendungen

Ehr. Burghard jr.

Altensteig.

Steinzeug-Milchföhler

(Entrahmungsapparate)

mit seitlichen und unterem Auslauf in verschiedenen Größen
(auch einzelne Ersatzteile) sowie

Steinzeug-Einmachtopfe

von 1—50 Liter Inhalt

sind stets billigst zu haben bei

E. W. Lutz Nachflg.

Freih. Bähler jr.

Altensteig.

Einen schönen

Kinderwagen

mit Sammelreifen hat zu verkaufen
Sanna Sch.

Altensteig.

**Heidelbeeren, Erdbeeren
Himbeeren und
Preiselbeeren**

kaufen fortwährend

J. Wurster.